

**Einwohnerfragestunde in der
25. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 01. Dezember 2021**

Themenübersicht

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 03. Mai 2017, prüft der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 24. November 2021 die eingereichten Fragen.

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- geplante Nutzung für die „Platte“ an der Knobelsdorffstraße
- Umleitung des Verkehrs zum Schutz der Schlösser und Gärten in Potsdam

Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. Dezember 2021

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

TOP:

6.1 21/SVV/0836 Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam Ortsbeirat Uetz-Paaren einstimmig abgelehnt

Ortsbeirat Marquardt
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Groß Glienicke
Zustimmung 6:0:1 einschließlich der Änderung in der Anlage 1, Abs. 1.1, Spalte 3 wie folgt:

Für den Ortsteil Groß Glienicke:

Anlage 1 - Richtzahlenliste, lfd.-Nr. 1.1 Wohnungen, Spalte 3 - für KFZ, ist zu ändern:

in Gebäuden mit bis zu 2 Wohneinheiten: -- Wohnung soll gestrichen werden, **neu: 2**

Wohnungen in Gebäuden mit mehr als 2 Wohneinheiten: 0,5 , **neu: 1**

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 6:0:1

Ortsbeirat Grube
einstimmig abgelehnt

Ortsbeirat Eiche
Zustimmung 2:1:2

Ortsbeirat Satzkorn
einstimmige Zustimmung einschließlich folgender Änderungen:

Änderungen in der Anlage 1 (Richtzahlenliste, Spalte Fahrräder)

1.1 Wohnen: hier sollte der Bezugswert bei 25m² liegen (statt 35 m²).

4.1 Gaststätten, Diskotheken, Spielhallen und -casinos, Vereins- und Clubhäuser u. ä.: auf 2 je 10qm erhöhen

6.1 Sportplätze: Erhöhung auf 6 je 400m² Sportfläche

7.1 Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien, Kuranstalten, Anstalten für langfristig Kranke: Erhöhung auf 1 je 4 Betten

8.3. Erhöhung auf 15 je 20 Ausbildungsplätze

Änderung für Auto und Fahrrad

7.2. Pflegeheime: Statt 1/0,5 Besser 4/6 auf 12 Betten.

Hinweis bezüglich PKW

Es sollte rechtlich geprüft werden, inwieweit die verpflichtende Errichtung von Elektroladeinfrastruktur doch in die Stellplatzsatzung aufgenommen werden kann.

Der Ortsbeirat Satz Korn plädiert dafür, dass bei Neubauten auf jedem 4. Stellplatz eine Lademöglichkeit vorgesehen wird. Das geht über das aktuell bundesweit gültigen GEIG hinaus, bei dem nur die Vorrüstung geregelt wird.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:1:0

Äa OBR Satz Korn abgelehnt

Äa OBR Groß Glienicke abgelehnt

Ortsbeirat Golm

abgelehnt 2:6:0

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Zustimmung 6:1:0

Äa OBR Satz Korn 0:5:2 abgelehnt

Äa OBR Groß Glienicke 0:4:3 abgelehnt

6.2 21/SVV/0913

Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Kanal / Stadtmauer"

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 6:2:1 mit folgender Ergänzung:

...

Fortführung der Wiederherstellung des Stadtkanals im 3. Bauabschnitt nach Aufhebung der Sanierungssatzung „Am Kanal/Stadtmauer“

Die Aufhebung der Sanierungssatzung „Am Kanal/Stadtmauer“ bedeutet nicht die Aufgabe des langfristigen städtebaulichen Ziels der Wiederherstellung des Stadtkanals.

Für den Abschnitt aus der Sanierungssatzung wird der Oberbürgermeister daher beauftragt:

der Stadtverordnetenversammlung Finanzierungsoptionen für die Wiederherstellung des Stadtkanals zwischen Kellertor und Berliner Straße vorzulegen;

die nötigen planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und die erforderlichen SVV-Entscheidungen vorzubereiten, die für eine Umsetzung der Baumaßnahmen im 3. Bauabschnitt des Stadtkanals zwischen Kellertor und Berliner Straße nötig sind, so dass eine Realisierung dieser Baumaßnahmen eventuell ganz oder teilweise auch durch bürgerschaftliches Engagement möglich wird.

Dazu gehört u.a. folgende Planunterlagen fertigzustellen:

die 2017 ausgelaufene wasserrechtlichen Genehmigung für den BA 3 beim LUA erneut zu beantragen;

zu prüfen, welche kofinanzierenden städtebaulichen Mittel beantragt werden könnten;

zu prüfen, ob die Entsiegelung der Kanalfächen im Rahmen von Ersatzmaßnahmen

umgesetzt und finanziert werden könnte, und dies ggf. in die Wege zu leiten.

Vorbereitung einer Baugenehmigung für die Kellertorbrücke durch die Stadtverwaltung FB Brücken. Dabei ist eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke als in Holz ausgeführte Portalbrücke mit der Möglichkeit der Hebung für eine Passage von Booten, wie sie heute noch in West- und Ostfriesland üblich sind, als Vorzugsvariante vorzusehen

Dadurch sollen folgende Realisierungsschritte möglich werden:

Bau der Kellertorbrücke

Errichtung der Treppen und Kanalwände an der Kellertorbrücke, Einlauf versetzen, fluten

Freilegen des Kanals bis zur (potentiellen) Berliner Brücke

Erneuerung der Kanalwände wo erforderlich, Einlauf versetzen, fluten

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein erster Zwischenbericht Ende 2022 zu geben.

- | | | | |
|------------|--------------------|---|--|
| 6.3 | 21/SVV/0917 | Bebauungsplan Nr. 23 "Schiffbauergasse" - Abwägung und Satzungsbeschluss | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ausschuss für Kultur</u>
einstimmige Zustimmung |
| 6.4 | 21/SVV/0918 | Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung "Schiffbauergasse" | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ausschuss für Kultur</u>
einstimmige Zustimmung |
| 6.5 | 21/SVV/0934 | 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

+ Äa der Fraktion DIE LINKE v. 17.11.21

Rücküberweisung aus SVV
03.11.21 | <u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u>
zur Kenntnis genommen

<u>Ortsbeirat Groß Glienicke</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ortsbeirat Marquardt</u>
einstimmige Zustimmung

<u>Ortsbeirat Golm</u>
Zustimmung 4:0:2

<u>Ortsbeirat Eiche</u>
einstimmige Zustimmung einschließlich folgender Änderung in der Anlage II, Straßenverzeichnis 2022-2023: |

**1. Baumhaselring Hauptzug
2. Baumschulenweg**

**1 für Winterdienst ist nachzutragen.
1 für Winterdienst ist nachzutragen.**

**3. Eichenring FR Wildbirnenweg bis Rosskastanienstraße sowie bis Altes Rad
1 für Winterdienst ist nachzutragen.**

Ortsbeirat Satzkorn
einstimmige Zustimmung einschließlich folgender Änderungen in der Anlage 1, wie folgt:

Am Friedrichspark: gehört zum Ortsteil Marquardt (nicht Satzkorn)

„Birnenweg“: Winterdienst notwendig wegen Zufahrt zum Klärwerk

„Dorfstr.“: Winterdienst notwendig von Satzkorner Bergstr. bis Dorfstraße 2a (Ausfahrt Freiwillige Feuerwehr) Gehweg vor dem Gemeindehaus Dorfstr. 2 und Gehweg hinter dem alten Feuerwehrgebäude zwischen Dorfstraße und Satzkorner Ringstraße (Zugang zum Löschurm)

„Tulpenweg“: Winterdienst notwendig wegen Busverkehr

Ortsbeirat Grube
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Fahrland
Zustimmung 6:0:2

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität am 28.10.2021
einstimmige Zustimmung

Äa OBR Satzkorn 0:7:1 abgelehnt

Ortsbeirat Neu Fahrland
zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität am 18.11.2021
Zustimmung 7:0:1

Äa OBR Eiche 0:7:1 abgelehnt

Äa DIE LINKE durch Verwaltungshandeln erledigt

6.6 21/SVV/0937

Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie)

Ortsbeirat Uetz-Paaren
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Groß Glienicke
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Marquardt
zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Golm
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung

			<u>Ortsbeirat Grube</u> einstimmige Zustimmung
			<u>Ortsbeirat Fahrland</u> Zustimmung 7:1:0
			<u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u> zur Kenntnis genommen
			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mo- bilität</u> zurückgestellt
			<u>Ortsbeirat Satzkorn</u> einstimmige Zustimmung
6.7	21/SVV/1054	Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, Spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> Zustimmung 3:0:4 <u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 5:0:2
6.8	21/SVV/1078	Bebauungsplan Nr. 143 "Westliche Insel Neu Fahrland" (OT Fahrland) und Flächennutzungsplan-Änderung Leitentscheidung zum weiteren Verfahren und Änderung des Flächennutzungsplans	<u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u> zurückgestellt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
6.9	21/SVV/1104	Bebauungsplan Nr. 156 "Gewerbeflächen Friedrichspark" Aufstellungsbeschluss und Teilung des räumlichen Geltungsbereichs	<u>Ortsbeirat Marquardt</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Satzkorn</u> zurückgestellt <u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u> zurückgestellt <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
6.10	21/SVV/1105	Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156-1 "Gewerbeflächen Friedrichspark (Süd)" der Landeshauptstadt Potsdam • Die Vorlage wurde verwaltungsseitig zurückgezogen.	<u>Ortsbeirat Marquardt</u> zurückgezogen <u>Ortsbeirat Satzkorn</u> zurückgezogen <u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u> zurückgezogen <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des</u>

			<u>ländlichen Raumes</u> zurückgezogen
6.11	21/SVV/1108	Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt / Plantage", 1. Änderung Abwägungs- und Satzungsbeschluss	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- en, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Zustimmung 5:0:2
			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mo- bilität</u> Zustimmung 5:0:3
6.12	21/SVV/1109	Neustrukturierung der Potsdamer Oberstufenzentren	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> Zustimmung 7:0:1 mit folgender Ände- rung im Punkt 2:
<p>Die Struktur des Potsdamer Oberstufenzentrum wird ab dem Schuljahr 2022/2023 ff wie folgt festgelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ... 2. Die Fachoberschule einjährig / zweijährig - Technik (Fachabitur) werden zum Schuljahr 2022/2023 an den Standort Oberschule Theodor Fontane mit Primarstufe (51) verlagert und als Filiale des Oberstufenzentrum I – Technik fortgeführt. entsprechend des Vorschlags des staatlichen Schulamts an die OSZ Brandenburg/Havel bzw. Teltow verlagert. 3. ... 4. ... 			
6.13	21/SVV/1113	Abfallgebührensatzung 2022	<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 5:0:2
			<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> Zustimmung 5:1:1
6.14	21/SVV/1116	Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156-2 "Gewerbeflächen Friedrichspark (Mitte-Nord)" der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ortsbeirat Marquardt</u> zurückgezogen
			<u>Ortsbeirat Satzkorn</u> zurückgezogen
		• Die Vorlage wurde verwaltungsseitig zurückgezogen.	<u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u> zurückgezogen
			<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- en, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgezogen
6.15	21/SVV/1119	"Potsdam Bonus" für eine bedarfsge- rechte Wohnungspolitik	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:3:2
			<u>Hauptausschuss</u>

Zustimmung 14:2:1 mit Änderungen/Ergänzungen nach der Aufzählung der Punkte „Im Rahmen der Prüfung ist u.a. folgende Punkte einzugehen“:

- .
- .
- .

Dafür sollen stufenweise geeignete Kriterien und Nachweisführungen entwickelt werden. Die Vermietungsrichtlinie soll im Zeitraum von Januar 2022 **im Hauptausschuss und im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vorgelegt und danach** bis September 2022 bei bis zu 50 Prozent der veröffentlichten Wohnungsangebote im nicht belegungsgebundenen Wohnungsbestand der ProPotsdam erprobt werden.

Parallel sollen mit den Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaften und der privaten Wohnungswirtschaft Gespräche geführt werden, wie diese Vermietungsrichtlinie auch in der weiteren Wohnungswirtschaft Anwendung finden kann.

Dem Hauptausschuss, dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Inklusion sowie dem Bündnis für Bezahlbares Wohnen und Bauen der Landeshauptstadt Potsdam ist im dritten Quartal 2022 über die gesammelten praktischen Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- .
- .
- .

- 6.16 21/SVV/1122 Rahmenkonzept für die Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam Jugendhilfeausschuss
Zustimmung (mit Stimmenmehrheit)

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Anträge der Fraktionen

TOP:

- 7.1 20/SVV/0859 Glockenspiel Ausschuss für Kultur
zurückgestellt
- 7.2 21/SVV/0393 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
Zustimmung 7:1:0 zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.21, wie folgt:
+ Äa der Fraktion DIE LINKE v. 21.09.21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking in der Landeshauptstadt Potsdam einzurichten mit den Landkreisen Havelland und Potsdam Mittelmark, sowie dem mit der kreisfreien Stadt Brandenburg unter Beteiligung des Landes Brandenburg, die Einrichtung einer regionalen Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking auf den Weg zu bringen.

Die Koordinierungsstelle soll alle lokalen Akteure im Bereich der geschlechtsspezifischen

Gewalt koordinieren, und in den themenrelevanten Arbeitskreisen in Kommune und Land mitwirken. Ihre Arbeit soll ähnlich wie die Psychiatriekoordination oder Suchtkoordination gestaltet und die Stelle in der Verwaltung der LHP angegliedert sein. Netzwerke schaffen, Austauschformate organisieren, Bedarfe und Problemlagen eruieren und an die zu schaffende Landeskoordinierungsstelle weitervermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~August 2021~~ **Januar 2022** über den Sachstand informiert werden.

Hauptausschuss

Zustimmung 15:1:0 zu der Fassung aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

7.3 **21/SVV/0455** Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
abgelehnt 0:8:1

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
abgelehnt 1:5:1

7.4 **21/SVV/0632** Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
Zustimmung 9:1:1 mit folgenden Änderungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Neubau von kommunalen Gebäuden in Potsdam besonders hohe Gebäudeenergiestandards umzusetzen und die ökologische Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck gelten für die Errichtung kommunaler Hochbauten der Stadt, des Kommunaler Immobilienservices (KIS) und durch Gesellschafterbeschluss auch der Pro Potsdam und ihrer Tochtergesellschaften folgende Grundsätze:

1. Neubauten werden ab sofort mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 55 NH oder EH 55 NH geplant, **ab einem Projektvolumen von mehr als 15 Mio. Euro nach dem Effizienzstandard EG 55 NH oder EH 55 NH**, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
2. Ab 2025 werden Neubauten ~~werden~~, **vorbehaltlich der Verfügbarkeit entsprechende Fördermittel**, mindestens entsprechend dem Effizienzstandard EG 40 NH oder EH 40 NH geplant, **ab einem Projektvolumen von mehr als 15 Mio. Euro nach dem Effizienzstandard EG 40 NH oder EH 40 NH**, so dass für sie die entsprechende hohe Förderung aus dem Programm „Bundesförderung effiziente Gebäude“ beantragt werden kann; Abweichungen sind besonders zu begründen.
3. Außerhalb des Fernwärmevorranggebietes werden Neubauten so geplant, dass ihr Energiebedarf weitgehend aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, so dass **in der Regel** die Anforderungen der „EE-Klasse“ der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) eingehalten wird; **Abweichungen sind besonders zu begründen.**

Innerhalb des Fernwärmevorranggebietes kann regelmäßig auf die Fernwärme der EWP zurückgegriffen werden; **ergänzend wird die Wärmeerzeugung durch Erneuerbarer Energien im direkten Umfeld geprüft.**

4. Bei der Gestaltung der Außenanlagen ist die Pflanzung **und Pflege** zahlreicher Bäume vorzusehen.

Dem **Werksausschuss KIS bzw. dem** Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und ländliche Entwicklung (SBWL) ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht soll im Februar 2022 erfolgen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 6:1:2 zu der Fassung aus dem Werksausschuss Kommunalen Immobilien Service

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

zurückgestellt

7.5 21/SVV/0736

Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

abgelehnt 1:5:2

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zurückgestellt

7.6 21/SVV/0744

Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung

Hauptausschuss

Zustimmung 15:0:1 mit folgender Änderung im 1. Satz:

Vor dem Hintergrund des 30. 32. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung den Willen und das Ziel, den Uferweg am Groß Glienicker See wieder für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu machen.

...

7.7 21/SVV/0851

Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern

Ortsbeirat Marquardt

einstimmige Zustimmung

+ Neue Fassung Fraktion DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen v. 16.11.21

Ortsbeirat Satzkorn

einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Groß Glienicke

Zustimmung 4:0:3

Ortsbeirat Neu Fahrland

zur Kenntnis genommen

Ortsbeirat Fahrland

Zustimmung 5:1:1

Ortsbeirat Uetz-Paaren
einstimmig abgelehnt

Ortsbeirat Eiche
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Golm
Zustimmung 3:1:2

Ortsbeirat Grube
einstimmig abgelehnt

Ausschuss für Finanzen
Zustimmung 6:1:0 zur neuen Fassung
der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis
90/Die Grünen vom 16.11.2021,
wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Verpachtung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP neu geregelt werden kann (z.B. über einen Zwischenpachtvertrag oder eine Auftragsverwaltung), mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen landwirtschaftlichen Flächen. Ziel sollte dabei die Formulierung von einfach zu vollziehenden sozial-ökologischen Kriterien sein, an deren Einhaltung die Verpächter:innen gebunden werden sollen.

Geprüft werden soll dabei auch, unter welchen Bedingungen und in welchem Turnus Pachtverträge neu ausgeschrieben werden.

Dabei sollen relevante Akteur:innen einbezogen werden.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist bis zum III. Quartal 2022 zu berichten.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung zu der Fassung
aus dem Ausschuss für Finanzen

7.8 **21/SVV/0856** **Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen**

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Zustimmung 4:3:0 zu einer neuen Fassung vom 15.11.2021, wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- im alle 5 Jahre zu erstellende Abfallwirtschaftskonzept darüber zu berichten, wie die im Auftrag des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers eingesammelten Abfälle entsorgt bzw. verwertet werden, und welche Verwertungsquoten erreicht werden, und dabei - solange die Stadt die gesetzlich vorgegebenen Abfallverwertungsquoten nicht erreicht - auch Maßnahmenvorschläge vorzulegen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern kann,**
- im OS-Ausschuss jährlich einen Zwischenbericht über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe zu geben.**

7.9 **21/SVV/0858** **Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam**

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Zustimmung 5:0:3 zu einer neuen Fassung, wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung der von der Verwaltung vorgelegten Potentialflächenanalyse (DS 21/SVV/0911) darüber hinaus folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- 1. Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen (z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.**
- 2. Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.**

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 6:1:0 zu der Fassung aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

7.10 21/SVV/0862

Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Zustimmung 6:0:1

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 5:0:2

Jugendhilfeausschuss

einstimmige Zustimmung

7.11 21/SVV/0910

Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
zurückgezogen

Hauptausschuss

durch Verwaltungshandeln erledigt

7.12 21/SVV/0049

Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

abgelehnt 0:6:1

Hauptausschuss

zurückgestellt, bis zur Vorlage einer neuen Fassung (siehe 21/SVV/0910)

7.13 21/SVV/0919

Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

zurückgezogen

Hauptausschuss

durch Verwaltungshandeln erledigt

7.14 21/SVV/0963

Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Jugendhilfeausschuss

abgelehnt 2:5:3

			<u>Ausschuss für Finanzen</u> zurückgestellt
7.15	21/SVV/0969	Radwegeverbindung zwischen Fahrland, Kartzow und Priort	<u>Ortsbeirat Satzkorn gem. Selbstbefassung</u> einstimmige Zustimmung <u>Ortsbeirat Fahrland</u> einstimmige Zustimmung <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung mit der Streichung des dritten und vierten Satzes, wie folgt:
<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt in die Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes einen Radweg zwischen Fahrland und Kartzow sowie landkreisübergreifend weiterführend nach Priort einzuarbeiten.</p> <p>Dafür sind Realisierungsmöglichkeiten, Kosten und Zeithorizonte gemeinsam mit der Nachbargemeinde Wustermark zu prüfen und anzugeben.</p> <p>Zusätzlich ist die Möglichkeit einer (unbefestigten) Übergangslösung zwischen Kartzow und Ortszugang Priort gemeinsam mit Wustermark zu prüfen.</p> <p>Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie dem Ortsbeirat Fahrland ist über die Ergebnisse bis Ende 2022 zu berichten.</p>			
			<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> einstimmige Zustimmung zu der Fassung aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
7.16	21/SVV/1017	Optimierung des Kreuzungsbereiches Döberitzer Straße/Gartenstraße/Schulweg zur Regenbogenschule	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> zurückgestellt <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung
7.17	21/SVV/1027	Zuschuss zum Mittag in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen in den sechs Potsdamer verlässlichen Halbtagsgrundschulen (VHG) noch im laufenden Schuljahr (2021/22) - stadtweite Gleichbehandlung	<u>Ausschuss für Finanzen</u> einstimmige Zustimmung <u>Jugendhilfeausschuss</u> einstimmige Zustimmung
7.18	21/SVV/1047	Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> Zustimmung 6:0:1 mit einer Terminanpassung, wie folgt:
...			

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2022 über den Sachstand zu informieren.

Hauptausschuss

einstimmige Zustimmung zu der Terminanpassung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

- 7.19 **21/SVV/1048** Ein Radweg für die Geschwister-Scholl-Straße
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
einstimmige Zustimmung mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

im Rahmen des Radverkehrskonzeptes zu prüfen, wie eine Lösung für den stadtauswärtigen Radverkehr zwischen Clara-Zetkin-Straße und dem Schafgraben bzw. der Hans-Sachs-Straße (z.B. in Form eines Radstreifens anstelle der Parkplätze) aussehen kann - vordringlich für den besonders belebten Abschnitt zwischen Nansenstraße und Carl-von-Ossietzky-Straße, für den gleichzeitig auch die Schaffung von Auslademöglichkeiten für den Lieferverkehr die dort ansässigen Geschäfte zu berücksichtigen ist;“

- ~~und diese Lösung bei der Erarbeitung der Fortschreibung des Radwegeverkehrskonzeptes zu berücksichtigen.~~

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Sommer 2022 zu berichten.

- 7.20 **21/SVV/1052** Mehr Sicherheit für Fahrräder
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
zurückgestellt

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
zurückgestellt

- 7.21 **21/SVV/1061** Fahrrad Diebstahlschutz
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
zurückgestellt

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
zurückgestellt

- 7.22 **21/SVV/1065** Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
zurückgestellt

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service
Zustimmung 9:1:0

- 7.23 **21/SVV/1099** Personalbedarfsanalyse
- Hauptausschuss
Eine neue Textfassung wird bis zur Sitzung der StVV am 01.12.2021 zwischen den Beteiligten abgestimmt.

7.24	21/SVV/1128	Klötze zu Sitzen	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> zurückgestellt
7.25	21/SVV/1129	Platz an der Nike Gedenkort der Landeshauptstadt Potsdam	<u>Ausschuss für Kultur</u> zurückgezogen <u>Hauptausschuss</u> zurückgezogen
7.26	21/SVV/1133	Mit einem kommunalen Medienentwicklungsplan moderne Bildungsinfrastruktur schaffen	<u>Ausschuss für Bildung und Sport</u> einstimmige Zustimmung

Nicht öffentliche Wiedervorlagen aus den Ausschüssen

15.1	21/SVV/1120	Sicherstellung der ÖPNV-Erschließung von Krampnitz mit maximal 5.000 Einwohnern*innen	<u>Ortsbeirat Neu Fahrland</u> Der Ortsbeirat konnte mangels Beschlussfähigkeit nicht darüber beraten. <u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung 5:1:1 <u>Ortsbeirat Fahrland</u> Zustimmung bei 2 Stimmenthaltungen <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> einstimmige Zustimmung
------	-------------	---	--



Landeshauptstadt
Potsdam

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

Report der Beauftragten für Migration und Integration

2021



Potsdam
Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...
CHANCENGLEICHHEIT

Report der Beauftragten für Migration und Integration 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Ihnen heute den Report 2021 der Migrations- und Integrationsbeauftragten vorstellen zu dürfen. Dieser Report ist gleichzeitig ein „Abschiedsreport“ am Ende meines Berufslebens, in dessen letzten gut 31 Jahren ich als Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragte im Dienste unserer Stadt tätig sein durfte.

Dementsprechend werde ich mir einen kurzen Rückblick in die Vergangenheit erlauben, das Entstehen von wichtigen Strukturen in unserer Stadtgesellschaft kurz in Erinnerung rufen und schließlich auf einige aktuelle Handlungsbedarfe hinweisen.

Erinnerungen an die neunziger Jahre

Am 1. September 1990, in der spannenden **Zeit des Aufbaus unserer Verwaltung nach der Wende**, begann die Arbeit der Potsdamer Ausländerbeauftragten. Ich hatte die Freude, selbst als Potsdamerin mit Migrationshintergrund, diese Aufgabe übernehmen zu dürfen. In der ersten Zeit hatte ich sowohl operative Aufgaben als auch den Auftrag, integrative Strukturen zu schaffen. Im Zuge des Verwaltungsaufbaus wurde das Gleichstellungsbüro, der Vorgänger des heutigen „Büros für Chancengleichheit und Vielfalt“ beim Oberbürgermeister, gegründet, wo auch meine Stelle eingegliedert wurde.

1990 gehörte es zu meinen ersten Aufgaben, den noch in Potsdam lebenden etwa 16 **vietnamesischen DDR-Vertragsarbeitern**, die durch die Wende beim VEB Bau- und Montagekombinat Ost arbeitslos geworden und in Potsdam geblieben sind, zu helfen. Diese Personen haben dringend eine Unterkunft und auch eine berufliche Zukunft benötigt.

→ Heute leben 430 Vietnamesinnen und Vietnamesen, gut integriert, in Potsdam. Viele Nachkommen der damaligen Vertragsarbeitnehmer*innen sind Potsdamer Bürger*innen mit Migrationsgeschichte, mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Weiterhin klopfen **die ersten jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Sowjetunion** an meine Bürotür, die aufgrund des Beschlusses der Volkskammer der DDR bereits seit Sommer 1990 hier Aufnahme gefunden hatten. Sie wollten nach Potsdam ziehen. Rückblickend ist es für mich eine sehr besondere Erfahrung, zwischen dem Alt-Potsdamer Theodor Goldstein und den neu eingewanderten jungen Menschen aus der Sowjetunion vermitteln zu dürfen. Herr Goldstein hat die ankommenden jüdischen Zuwanderer tatkräftig unterstützt. Zu meinen ersten Amtshandlungen gehörte, bei Almuth Berger, der Ausländerbeauftragten in der gemeinsamen Einrichtung der Länder, Mittel für Deutschlehrgänge für die ersten Potsdamer jüdischen Zuwanderer zu beantragen. Ich hatte ein Verwahrkonto für das erhaltene Geld, aus dem ich die Deutschkurse an der Hochschule Potsdam, der Vorgängereinrichtung der heutigen Universität, bezahlte.

→ Heute gibt es mehrere jüdische Gemeinden in Potsdam. Die Grundsteinlegung der neuen Potsdamer Synagoge am 9. November 2021 brachte mir große Freude.

Eine wichtige Erinnerung für mich ist der Sommer 1991. Mit Kolleginnen aus dem Jugendamt haben wir **Kinder aus der Tschernobylter Gegend** für einen **Ferienaufenthalt** nach Potsdam mit einem Bus abgeholt. Die Kinder haben dann in Potsdam eine schöne, durch die Bevölkerung unterstützte Ferienzeit erleben dürfen.

Anfang der neunziger Jahre, **im Zuge des Abzuges der Streitkräfte der Sowjetarmee** durfte ich mich um die Umsetzung eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung kümmern, wonach die **Kinder** der abziehenden Familien vor der Abreise noch die aus Sicht unseres Gesundheitsamtes notwendigen **Impfungen** erhalten sollten. So habe ich Kontakte zu der russischen Schule in der Jägerallee aufgenommen. Für mich war das besonders schön, neben der Klärung der Impftermine der Kinder auch Kontakte zu den Lehrkräften und Schüler*innen dort herzustellen. In dessen Folge fanden dann gegenseitige Besuche zwischen den Kindern aus der russischen Schule und der Priesterweg Grundschule statt. Ich erinnere mich sehr gut an ein Sportfest in der russischen Schule, an dessen Ende alle Kinder dann im Speisesaal der Schule frisch gebackene, süß duftende Buchteln gegessen haben.

Auch der Besuch der Potsdamer **Offiziersfamilien der Sowjetarmee in der Weihnachtszeit** mit **Geschenken** der Potsdamer*innen war eine interessante Entwicklung in Potsdam, bei der ich mitgewirkt habe. Diese Besuche haben federführend evangelische Gemeinden und die katholische Gemeinde der Peter und Paul Kirche vorbereitet.

Ende der neunziger Jahre führte die **Kontaktaufnahme** mit einer **ehemaligen Zwangsarbeiterin** (sie kam aus Belarusland), die nach dem Grab ihres in Babelsberg verstorbenen Bruders suchte, zu der Entwicklung eines bewegenden Projektes. Es konnte ein nachhaltiges Begegnungsprojekt zwischen dem Autonomen Frauenzentrum, dem Verein Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und einem Altenheim auf der Krim aufgebaut werden. Diese Entwicklung hat unser Rechtsamt und unsere Friedhofsverwaltung aktiv unterstützt.

Strukturentwicklung

Im Folgenden möchte ich auf den Aufbau vielfältiger Integrationsstrukturen zurückblicken, den ich als Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragte begleitet habe.

1991 initiierte ich zusammen mit der Verein Initiative für Ausländer als eine der ersten ostdeutschen Kommunen die Beteiligung Potsdams an der jährlichen bundesweiten „Woche der ausländischen Mitbürger“, heute: Interkulturelle Woche. Die **Interkulturelle Woche** ist ein wichtiger Höhepunkt des bundesweiten integrationspolitischen Jahresgeschehens. Bundesweit beteiligen sich 500 Städten und Gemeinden daran. In Potsdam sind sie längst Tradition, mit vielen Informationen, die zum Nachdenken anregenden aber auch mit lebendig-fröhlichen Veranstaltungen, die zeigen, wie facettenreich das interkulturelle Leben in Potsdam ist.

Als einen großen Fortschritt für die politische Beteiligung für Menschen mit Migrationshintergrund empfand ich die von der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1992 beschlossene Gründung des **Potsdamer Ausländerbeirates**. Für die damalige Zeit war das politisch nicht selbstverständlich und ich war sehr froh darüber, dass uns das so schnell in Potsdam gelungen ist.

1994 wurde die **Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeauftragten / Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg** gegründet. Für mich als kommunale Integrationsbeauftragten war und ist diese Landesarbeitsgemeinschaft ein wichtiger Zusammenschluss. Zum einen sind der kollegiale Austausch und die gegenseitige Rückenstärkung in dieser Vernetzung wichtig, zum anderen ist es aber auch notwendig in der Integrationsarbeit auf unterschiedlichen politischen Ebenen sich gemeinsam abzustimmen, um gemeinsam handeln zu können.

1996 wurde der **Förderverein des Flüchtlingsrates Brandenburg** gegründet, mit Unterstützung von vielen Aktiven, auch aus dem Kreis der Ausländerbeauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte.

1997 begann der Aufbau der **Beratungsstrukturen** für Migrant*innen mit der Öffnung der Flüchtlingsberatungsstelle, des Vorgängers der heutigen Beratungsfachdienste für Migrant*innen des Diakonischen Werkes Potsdam. Diese Beratungsstelle war damals, als eine der fünf überregionalen Flüchtlingsberatungsstellen im Land Brandenburg, zuständig für die Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel sowie für die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. Im Jahr 2002 betraute dann die Landeshauptstadt Potsdam das Diakonische Werk Potsdam mit der Aufgabe, Geflüchtete, die außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften leben, zu beraten. 2005 folgte - mit der Änderung des Aufenthaltsrechts - der Aufbau der bundesfinanzierten Beratungsstrukturen (Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Jugendmigrationsdienst) und der Start der bundesfinanzierten Integrationskurse.

1997 wurde der **Potsdamer Fachgesprächskreis für Migration und Integration** gegründet. Der Fachgesprächskreis dient als Plattform zur Klärung von Problemen sowie zum Informationsaustausch zwischen allen Akteur*innen der Potsdamer Integrationsarbeit.

Im Jahr 2005 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Ausländerbeirates die **jährliche Auslobung des Integrationspreises**. Seit dieser Zeit wird die Preisverleihung mit großem Engagement von Seiten des Migrant*innenbeirates und der/des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vorbereitet und durchgeführt. Potsdam kann auf viele hervorragende Preisträger*innen zurückblicken, die maßgeblich die Integrationsarbeit in Potsdam vorangebracht haben und denen mein ausdrücklicher Dank gilt!

Integration ist kein Selbstläufer – sie braucht strategische Steuerung. Dies ist in Potsdam schon vor etlichen Jahren deutlich geworden. 2007 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das erste **Integrationskonzept** der Landeshauptstadt Potsdam, das unter meiner Federführung in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet wurde. Das Integrationskonzept beinhaltete strategisch definierte Leitlinien der Integration sowie praxisorientierte Ziele und Maßnahmen in relevanten Handlungsfeldern und diente als geeignete Steuerungsgrundlage der Potsdamer Integrationsarbeit. Die Umsetzung des Konzeptes begleitete eine Steuerungsgruppe. Regelmäßig durchgeführte **Integrationskonferenzen** dienen und dienen der Evaluierung des Integrationsprozesses und der Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes.

Mit der Erarbeitung des Integrationskonzeptes veränderte sich auch die fachlich-inhaltliche Arbeit der Integrationsbeauftragten. Während ab den 90er Jahren und später, individuelle Hilfestellung, Unterstützung und Ombudsfunktion - auch vor dem Hintergrund einer nicht

bzw. unvollständig ausgebauten Versorgungslandschaft in der Nachwendezeit - die hauptsächliche Rolle der Integrationsbeauftragten war, stehen heute verstärkt Konzeptentwicklung sowie Strategie- und Steuerungsfragen im Vordergrund. Die **Leitlinien für moderne Gleichstellungsarbeit**, die Martina Trauth, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit, 2010 erarbeitete, dienen bis heute als wichtiger Orientierungsrahmen für die Beauftragtenarbeit.

Sehr geehrte Stadtverordnete,

Transparenz über den Stand und den Verlauf des Integrationsprozesses anhand objektiver Daten ist unerlässlich für die erfolgreiche Gestaltung der Integrationspolitik. 2010 wurde unter der Federführung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt ein **Integrationsmonitoring** aufgebaut. Grundlage war das Indikatorenset der Kommunalen Gemeinschaft für Verwaltungsmanagement (KGSt). Potsdam ist die einzige Kommune im Land Brandenburg die solch ein Monitoring vorweisen kann. Seither wird In regelmäßigen Abständen durch die Integrationsbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem Bereich Statistik und Wahlen ein Integrationsmonitoringbericht für die Landeshauptstadt Potsdam erstellt.

→ Heute liegt Ihnen die Bestandaufnahme zur Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020 als Mitteilungsvorlage vor. Aus der Vorlage ist erkennbar, dass sich viele Maßnahmen im positiven Umsetzungsprozess befinden – und es ist noch viel zu tun.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Lenkungsgruppe Integrationskonzept für die engagierte Arbeit bei der Erstellung der Vorlage bedanken. Dazu gehören der Migrant*innenbeirat, die Flüchtlingsarbeit des Ev. Kirchenkreises, der Beratungsfachdienst für Migrant*innen Potsdam des Diakonischen Werkes, die RAA Potsdam und Kolleg*innen in der Stadtverwaltung.

→ Erfreulich ist, dass die Landeshauptstadt Potsdam in diesen Monaten am Projekt „Kommunales Integrationsmonitoring. Begleitung und Erprobung der Indikatorenanwendung – Indikatorenset 2.0“ teilnimmt. Das Projekt findet unter Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Die Projektgrundlage bietet das neu überarbeitete kommunale Integrationsmonitoringset der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Vielen Dank an dieser Stelle für die Unterstützung des Bereiches Statistik und Wahlen und des Fachbereiches Wohnen, Arbeit und Integration.

Die Stadtgesellschaft

Mehrere menschenverachtende, rassistische Ereignisse im öffentlichen Raum in Potsdam haben die solidarische Stadtgesellschaft zum Handeln bewegt. Die Erarbeitung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam 2001-2002, dessen Umsetzungsprozess und die stetigen engagierten Aktivitäten im Bündnis Potsdam! bekennt Farbe sind wichtige Strukturen, die die Potsdamer Stadtgesellschaft beschreiben.

Gern möchte ich nochmals eine grundsätzliche Erkenntnis betonen: In den letzten Jahrzehnten ist in Potsdam sehr viel Positives passiert. Potsdam spielt eine Vorreiterrolle, was die hervorragende Zivilgesellschaft, die Beschlüsse der Stadtverordneten, die politische Linie des Oberbürgermeisters für einen gelingenden Integrationsprozess betrifft.

Potsdam zeichnet sich durch ein hohes humanitäres Engagement aus. Dieses Engagement unterstreichen

- die Forderungen und Aktivitäten der Zivilgesellschaft – wie der jahrelange Kampf für die Abschaffung der Sachleistung für Asylbewerber oder die Spendensammlung für Deutschlehrgänge für Geflüchtete.
- die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung - so für die wohnungsähnliche Unterbringung von geflüchteten Menschen und für die Rettung von Menschen aus Seenot.

Das Leitbild der Landeshauptstadt berichtet über eine Stadt auf dem Weg zu einer weltoffenen Kommune.

Ich wünsche unserer Stadt, dass diese Beschlüsse so zügig wie möglich umgesetzt werden.

Rückblick 2021 und Ausblick 2022

Das Jahr 2021 ist das zweite Jahr, in dem die **Corona-Pandemie** die Gestaltung des Zusammenlebens stark beeinflusst. In der Pandemiezeit sind durch die öffentliche Hand prioritäre Aufgaben zu erfüllen, die auch stark Arbeitskräfte binden. Durch die Pandemie wurde auch deutlich, dass ein Teil der nichtdeutschen Stadtbevölkerung im Umgang mit den Behörden einer besonderen Belastung ausgesetzt ist. Denn nicht alle Dienstleistungen der Behörden waren in dem Maße erreichbar, in dem die Bedarfe gewesen sind. Für die betroffenen nichtdeutschen Menschen geht es um Lebenszeit auf dem eigenen Integrationsweg – Warten auf Aufenthaltstitel, Familiennachzug, Arbeitserlaubnis, Arbeitsaufnahme, auf die Möglichkeit der Antragstellung auf Einbürgerung. Ich hoffe sehr, dass unsere **Dienstleistungen immer mehr optimiert werden können**. Positiv möchte ich die Unterstützung der Landeshauptstadt bei der Einreise von Studierenden aus dem Ausland in den Pandemiezeiten hervorheben– indem es zur Vermittlung von möglichen Unterkünften zur Sicherung der notwendigen Quarantänezeit gekommen ist. Diese Vermittlung hat die Arbeit der Internationalen Offices unserer akademischen Einrichtungen sehr unterstützt.

2021 kam es zum **Abschluss des bundesweiten Modellprojektes „Weltoffene Kommune – Vom Dialog zum Zusammenhalt“**, an dem unsere Stadt teilgenommen hat. Das Projekt hat unserer Stadt wichtige Impulse und konkrete Handlungsempfehlungen in mehreren Handlungsfeldern auf dem Weg zu einer weltoffenen Kommune aufgezeigt. An der Umsetzung dieser Empfehlungen wird unsere Verwaltung, in Verbindung mit der Stadtgesellschaft, weiterarbeiten. An dieser Stelle möchte ich mich – auch - für die federführende Begleitung dieses Projektes beim Team des Bereiches Partizipation und Tolerantes Potsdam der Landeshauptstadt Potsdam bedanken.

2021 war auch das Jahr, in dem die mögliche Einstellung von zwei wichtigen **Finanzquellen ab 2022** für die Unterstützung des Integrationsprozesses von im Rahmen des **Landesaufnahmegesetzes** aufgenommenen Menschen ihre Schatten vorauswarf. Diese Mittel sind die Landesfinanzierung der Migrationssozialarbeit für bleibeberechtigte

Geflüchtete aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern und das Landesintegrationsbudget. Ich freue mich sehr, dass diese wichtigen Mittel nun doch weiterhin den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung stehen werden – letzteres unter Voraussetzung der Sicherung von einem Eigenanteil vor Ort. Dadurch haben wir weiterhin die Möglichkeit, eine gewisse Projektlandschaft zu finanzieren und die Migrationssozialarbeit für die Zielgruppe zu sichern.

- An dieser Stelle passt mein stetiger Hinweis: ein **gelingender Integrationsprozess** sollte in der Verwaltung mit einer funktionierenden geschäftsbereichsübergreifenden **Querschnittstruktur** unterstützt werden. So könnten z.B. transparent die Einsatzmöglichkeiten der genannten Landesmittel optimal geklärt werden.
- Weiterhin möchte ich an dieser Stelle auch betonen, wie wichtig die Arbeit der Potsdamer freien Träger in der **Migrationssozialarbeit** ist. In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Potsdam eine gute und vielfältige Beratungsstruktur aufgebaut. Diese Strukturen leisten wertvolle Arbeit in der Landeshauptstadt und verdienen unsere Wertschätzung und benötigen **Vertragssicherheit**.

An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, wie wichtig ich die **Zusammenarbeit** mit den Kolleg*innen der Flüchtlingsarbeit im Potsdamer Evangelischen Kirchenkreis, mit Vertreter*innen weiterer Potsdamer religiösen Einrichtungen und Vertretungen von Weltanschauungen schätze. Das **Potsdamer Interreligiöse Forum** und das **Aktionsbündnis „Anders als Du glaubst“** sind wichtige Vernetzungsstrukturen. Erfreulich finde ich, dass der deutschlandweite „Runde Tisch der Religionen“ seine zentrale Veranstaltung im Rahmen des **„Tages der Religionen“ 2022 in Potsdam** ausgetragen wird, im Zusammenwirken mit unserer Stadt.

Ich möchte mit Ihnen noch drei Botschaften teilen, die ich für meinen Report aus dem Kreis der Migrant*innen erhalten habe:

- Es ist sehr wichtig, dass vorhandene Unterstützungsstrukturen Hand in Hand, mit geklärt Aufgabenverteilung in den **Übergängen**, arbeiten. Zu diesen Strukturen gehören die Angebote der unterschiedlichen Träger und auch die Dienstleistungen unserer Stadtverwaltung. In der besonders schweren Zeit der Corona-Pandemie werden all diese Strukturen durch unterschiedliche Aufgaben und Sorgen zusätzlich belastet. Es wird gewünscht, dass die Ämter durch eine Zusammenarbeit untereinander ihre Klientel auf deren individuellen Integrationswegen unterstützend, bei den Übergängen „überreichend“ an das nächste Amt, begleiten. Es sollte demnach also ein großes Augenmerk auf die Suche nach den Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Ämter gelegt werden.
- Eine weitere Botschaft ist der Wunsch nach **verständlicher Kommunikation der Ämter mit deren Klientel**. Schriftstücke und Gespräche sollten sprachlich einfach verständlich gestaltet werden.
- Die dritte Botschaft spricht die vielfältige **Projektlandschaft** an. Demnach sollten die bestehenden Projekte untereinander und mit den Behörden aktiver als bisher kommunizieren. Es gibt die guten Beispiele der Vernetzung der Integrationskursträger, der professionellen Beratungsstellen, der Migrationssozialarbeit-Stellen in den Gemeinschaftsunterkünften. Die zahlreichen Projekte sollten sich in der Zukunft mehr **sichtbar werden**, um ihre Wirkung zu erhöhen. Als Informationsplattform könnte auch die mehrsprachige, niedrigschwellige, digitale Integreat-App - <https://integreat-app.de/> - auch in Potsdam Anwendung finden

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

ich bedanke mich an dieser Stelle nochmals für Ihre ehrenamtliche Arbeit. Ich bedanke mich für Ihr Engagement und für Ihre Unterstützung meiner Arbeit in all den Jahren meiner Tätigkeit als Beauftragte für Migration und Integration.

Ein herzliches Dankeschön an unseren Herrn Oberbürgermeister für seine ernsthafte Unterstützung der Integrationsarbeit in Potsdam!

Ebenso an den Migrantenbeirat für die stets sehr gute Zusammenarbeit.

Mein allerherzlichster Dank gilt auch meinem wunderbaren Team und meiner wunderbaren Leiterin im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, auf deren Unterstützung ich immer rechnen konnte. Dass die Beauftragten gemeinsam im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt als Stabsstelle des Oberbürgermeisters angesiedelt sind, empfinde ich als eine außerordentlich wichtige Struktur, damit Querschnittsaufgaben wie Integration, Inklusion und Gleichstellung eine hohe Wirksamkeit entfalten können.

Ich danke weiterhin allen Menschen, die die Migrations- und Integrationsarbeit in Potsdam unterstützt haben und mit mir ein Stück des gemeinsamen Weges gegangen sind.

Ich freue mich, dass heute meine Nachfolgerin, Frau Dr. Amanda Palenberg, ihre Arbeit als Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam aufnimmt. Ich wünsche Frau Dr. Palenberg eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen bei der Begleitung eines gelingenden Integrationsprozesses in der Landeshauptstadt Potsdam.

Auf Wiedersehen!

Magdolna Grasnack

1. Dezember 2021

Anlage

Auf dem Weg zu der weltoffenen Kommune Potsdam... ich möchte Ihnen eine Auswahl über Ereignisse, Strukturen, Prozesse, Beschlüsse etc. darstellen, die den Weg unserer Kommune in den vergangenen Jahrzehnten in die Richtung einer weltoffenen Kommune beschreiben.

Interkulturelle Wochen in der Landeshauptstadt Potsdam

Seit 1991 beteiligt sich Potsdam jährlich an der Tradition der bundesweiten Interkulturellen Woche.

www.potsdam.de/interkulturellewoche

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam

In Potsdam arbeitet seit 1992 das ehrenamtliche Gremium des Ausländerbeirates / Migrantenbeirates. Der Migrantenbeirat vertritt die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner mit einem nichtdeutschen Pass in der Landeshauptstadt Potsdam. Er wird alle fünf Jahre zeitgleich mit den Kommunalwahlen von Bürgerinnen und Bürgern mit nichtdeutschem Pass gewählt. <https://www.potsdam.de/migrantenbeirat-der-landeshauptstadt-potsdam>

Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“.

Potsdam! bekennt Farbe – das ist das Leitmotiv der Landeshauptstadt Potsdam für Weltoffenheit und Toleranz. Seit dem Jahr 2000 vereinen sich unter diesem Dach vielfältige Aktivitäten für eine menschenfreundliche und solidarische Gesellschaft. Insbesondere bedeutet dies eine klare Positionierung gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

<https://www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-potsdam-bekannt-farbe>

Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam

Am 4. Juli 2001 berichtete der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung über die Erstellung eines LAP für die Landeshauptstadt Potsdam.

https://www.eccar.info/sites/default/files/document/Lokaler_Aktionsplan_Potsdam.pdf

Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam

Seit 2005 verleiht die LHP ihren Integrationspreis, der von den Mitgliedern des damaligen Ausländerbeirates initiiert wurde. Der Integrationspreis wird 2021 zum 17. Mal an besonders innovative und nachhaltige Integrationsprojekte verliehen.

<https://www.potsdam.de/301-bestes-potsdamer-integrationsprojekt-gesucht>

Mitgliedschaft im Europäischem Städtenetzwerk gegen Rassismus (ECCAR)

Potsdam ist seit 2006 Mitglied im ECCAR e. V.

<https://www.eccar.info/en/potsdam>

Das Neue Potsdamer Toleranzedikt

Im Jahr 2008 entstand in einem stadtweiten Gesprächsprozess mit der Bürgerschaft Potsdams das Neue Potsdamer Toleranzedikt.

<https://www.potsdamer-toleranzedikt.de/das-neue-potsdamer-toleranzedikt/>

Vereinsgründung „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e. V.“

Am 29. Oktober 2009, dem 324. Jahrestag des historischen Ediktes von Potsdam von 1685, wurde der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e. V.“ in der Französischen Kirche in Potsdam gegründet.
<https://www.potsdamer-toleranzedikt.de/verein/>

Teilnahme am bundesweiten Projekt „Ausländerbehörde- Willkommensbehörde“

Die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Potsdam hat 2013-2015 am bundesweiten Pilotprojekt „Ausländerbehörden-Willkommensbehörden“ mit Interesse erfolgreich teilgenommen.

<https://www.potsdam.de/content/281-auslaenderbehoerde-wird-service-center-willkommensbehoerde>

<https://www.potsdam.de/content/684-pilotprojekt-auslaenderbehoerde-willkommensbehoerde-abgeschlossen>

https://de.ramboll.com/-/media/images/rm/rm-de/pdf/abh/steckbrief_potsdam.pdf?la=de

Offener Brief „Wissenschaft lebt von Weltoffenheit“

Die Leitenden von Potsdamer Wissenschaftseinrichtungen äußerten sich im Frühjahr 2016 in dem Offenen Brief „Wissenschaft lebt von Weltoffenheit“: "Als Leiterinnen und Leiter wissenschaftlicher Einrichtungen in Potsdam lehnen wir Menschenfeindlichkeit, Gewalt und Intoleranz aufgrund von Herkunft, Aussehen, Religion oder anderen Gründen ab. In unserem Land, in unserer Stadt darf keine Stimmung gegen Fremde und Schutzsuchende wachsen."

<https://www.wis-potsdam.de/de/wissenschaft-lebt-weltoffenheit-offener-brief-leiter-potsdamer-wissenschaftseinrichtungen>

Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung hat im September 2016 das vor allem durch die Beteiligung vieler Potsdamerinnen und Potsdamer erarbeitete Leitbild der LHP beschlossen.

<https://www.potsdam.de/ein-leitbild-fuer-die-landeshauptstadt-potsdam>

Aktionsbündnis „Anders als du glaubst...“

„Anders als du glaubst ...“ ist ein Potsdamer Aktionsbündnis, in dem sich seit 2016 Vertreter/-innen von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Organisationen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Veranstaltungen zu organisieren, zu informieren und sich auszutauschen

www.anders-als-du-glaubst.info

Wissenschaftsnetzwerk Potsdamer Willkommensregion

Im Jahr 2015 regte die Bertelsmann Stiftung an, neben elf anderen Universitätsstädten auch in Potsdam ein Netzwerk **Willkommensregion für internationale Studierende** zu bilden. Im Rahmen dieses Projektes entstand ein aktives Potsdamer Netzwerk, das seine Arbeit nach dem Projektende fortgesetzt hat. 2019 wurden die Themen „Wohnen und Begegnen“ im Netzwerk als Schwerpunktthemen benannt. Es fand eine online-Befragung der internationalen

Studierenden sowie Wissenschaftler/-innen statt. Auswertungsergebnisse:
<https://www.potsdam.de/internationales-wohnen-living-potsdam-2019>

Interreligiöses Forum Potsdam

Im Sommer 2017 beginnt das Potsdamer Interreligiöse Forum seine Arbeit.

<https://www.potsdam.de/interreligioeser-dialog-der-landeshauptstadt-potsdam>

<http://www.evkirchepotsdam.de/fluechtlingsarbeit/interreligioeses-forum-potsdam>

https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/praeambel_2018.pdf

Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

2007-2008 wurde in Potsdam das erste Integrationskonzept erstellt. Seitdem wird das Konzept regelmäßig fortgeschrieben.

Im Sommer 2017 hat die Stadtverordnetenversammlung das neue Integrationskonzept „Eine Stadt für Alle“ für den Zeitraum 2016 – 2020 beschlossen. Die Integrationskonzepte der LHP werden in Beteiligungsprozessen erarbeitet.

- <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2008-2011-integrationskonzept-der-landeshauptstadt-potsdam.pdf>
- <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/integrationskonzept-2012-2015-der-landeshauptstadt-potsdam-0-0.pdf>
- <https://www.potsdam.de/eine-stadt-fuer-alle-neues-integrationskonzept-2016-2020>

Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam

Damit ein erfolgreicher Integrationsprozess nicht vom Zufall abhängt, muss der Erfolg oder auch Misserfolg kommunaler Integrationspolitik feststellbar, nachvollziehbar und bewertbar sein. Das Integrationsmonitoring mit seinen Indikatoren dient als objektive Entscheidungsgrundlage für die Unterstützung eines erfolgreichen kommunalen Integrationsprozesses. Seit 2010 wird in Potsdam ein Integrationsmonitoringsbericht erstellt.

- https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/integrationsmonitoring_2013-der-lhp-potsdam.pdf
- <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/potsdam-migranten-2016-print-0-0.pdf>
- <https://www.potsdam.de/integrationsmonitoring-2019>

Neue Leitlinien für das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ & Grundlagen für ein Handlungskonzept „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“

Im März 2019 beschließt die Stadtverordnetenversammlung neue Leitlinien für das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“. Das Bündnis engagiert sich zukünftig auf Basis dieser formulierten Leitlinien. Sie können die Grundlage für ein vom Bündnis zu verfassendes Handlungskonzept „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ sein, welches den „Lokalen Aktionsplan“ aus 2002 ablöst.

<https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/potsdam-bekannt-farbe-leitlinien-und-grundlagen-mit-logo.pdf>

Potsdamer Erklärung der Städte Sicherer Häfen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich am 5. Dezember 2018 mit dem Beschluss der Stadtverordneten offiziell zum Sicheren Hafen erklärt.

<https://www.potsdam.de/sicherer-hafen-potsdam>

Am 7. Oktober 2019 übernahm Potsdam die Koordination der Städte Sicherer Häfen.

<https://www.potsdam.de/642-potsdam-uebernimmt-koordination-der-staedte-sicherer-haefen>

<https://staedte-sicherer-haefen.de/>

Moving Cities

Über 700 europäische Städte setzen sich aktiv für eine solidarische Migrationspolitik ein, so auch Potsdam. „Moving Cities“ ist das erste Mapping, das eine eingehende Recherche zu 28 solidarischen Städten und ihren Ansätzen zur Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten bereitstellt.

<https://moving-cities.eu/de/potsdam-2>

Internationale Wochen gegen Rassismus

Potsdam beteiligt sich an der Tradition der Internationalen Wochen gegen Rassismus.

<https://www.potsdam.de/kategorie/internationale-wochen-gegen-rassismus>

Teilnahme am Modellprojekt „Weltoffene Kommunen – Vom Dialog zum Zusammenhalt“

2019 bis 2021 hat Potsdam am Modellprojekt „Weltoffene Kommunen – Vom Dialog zum Zusammenhalt“ beteiligt, das von der Phineo gAG und der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufen wurde. Gefördert wurde das Projekt von der Staatsministerin und Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die Teilnahme am Projekt bot u.a. die Möglichkeit, anhand eines Ziel- und Indikatorensets einen Selbstcheck zum Stand ihrer Integrations- und Diversitätsarbeit durchzuführen.

<https://www.potsdam.de/703-potsdam-bundesweit-erste-modellkommune-weltoffene-kommune>

<https://www.weltoffene-kommune.de/projekt-weltoffene-kommune>

Tagesordnungspunkte der 25. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt, zurückgezogen oder durch Verwaltungshandeln erledigt sind:

- 6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**
- 6.6 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie)
21/SVV/0937 Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
zurückstellen – fehlt Votum KUM
- 6.8 Bebauungsplan Nr. 143 "Westliche Insel Neu Fahrland" (OT Fahrland) und Flächennutzungsplan-Änderung
Leitentscheidung zum weiteren Verfahren und Änderung des Flächennutzungsplans
21/SVV/1078 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
zurückstellen – fehlen Voten OBR Neu Fahrland, SBWL
- 6.9 Bebauungsplan Nr. 156 "Gewerbeflächen Friedrichspark"
Aufstellungsbeschluss und Teilung des räumlichen Geltungsbereichs
21/SVV/1104 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
zurückstellen – fehlen Voten OBR Satzkorn, OBR Uetz-Paaren, SBWL
- 6.10 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156-1 "Gewerbeflächen Friedrichspark (Süd)" der Landeshauptstadt Potsdam
21/SVV/1105 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
zurückgezogen
- 6.14 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156-2 "Gewerbeflächen Friedrichspark (Mitte-Nord)" der Landeshauptstadt Potsdam
21/SVV/1116 Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
zurückgezogen
- 7 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**
- 7.1 Glockenspiel
20/SVV/0859 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
zurückstellen – fehlt Votum KA

7.4	Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden 21/SVV/0632	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen – fehlt Votum KUM
7.5	Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung 21/SVV/0736	Fraktion der Freien Demokraten zurückstellen – fehlt Votum GSWI
7.11	Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung" 21/SVV/0910	Fraktion der Freien Demokraten zurückgezogen
7.12	Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland 21/SVV/0049	Fraktion Freie Demokraten zurückgezogen , da neue Fassung mit DS 21/SVV/0910
7.13	Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City 21/SVV/0919	Fraktion der Freien Demokraten durch Verwaltungshandeln erledigt
7.14	Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte 21/SVV/0963	Fraktion DIE aNDERE zurückstellen – fehlt Votum FA
7.16	Optimierung des Kreuzungsbereiches Döberitzer Straße/Gartenstraße/Schulweg zur Regenbogenschule 21/SVV/1017	Ortsbeirat Fahrland zurückstellen – fehlt Votum B/Sp
7.20	Mehr Sicherheit für Fahrräder 21/SVV/1052	Fraktion DIE LINKE zurückstellen – fehlen Voten KUM, OS
7.21	Fahrrad Diebstahlschutz 21/SVV/1061	Fraktion Bürgerbündnis zurückstellen – fehlen Voten KUM, OS
7.22	Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen 21/SVV/1065	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen – fehlt Votum KUM
7.24	Klötze zu Sitzen 21/SVV/1128	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen – fehlt Votum SBWL
7.25	Platz an der Nike Gedenkort der Landeshauptstadt Potsdam 21/SVV/1129	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen

9

Anträge

9.25

Strategische Konzeption für das
Kompensationsflächenmanagement
21/SVV/1251

Fraktion CDU

zurückgezogen

**KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 25. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 01. Dezember 2021**

9 Anträge

- 9.3 Flächenankauf Friedrichspark
21/SVV/1264 Fraktion Bürgerbündnis
**überweisen in SBWL, FA,
HA, KUM, Ortsbeiräte
Marquardt und Satzkorn**
- 9.16 Stärkung der beruflichen Bildung in der
Landeshauptstadt Potsdam
21/SVV/1205 Fraktion DIE aNDERE
überweisen in B/Sp
- 9.18 Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt",
Beschluss zur Durchführung eines
Werkstattverfahrens und zum weiteren
Planverfahren
21/SVV/1209 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung
Ea SPD vom 22.11.2021
überweisen in SBWL
- 9.19 Bebauungsplan Nr. 176 "Hermannswerder"
Aufstellungsbeschluss
21/SVV/1211 Oberbürgermeister, Fachbereich
Stadtplanung
überweisen in SBWL, KUM
- 9.20 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 36
"Neue Halle / östliches RAW-Gelände";
Abwägung, Zustimmung zum geänderten
Durchführungsvertrag und Satzungsbeschluss
21/SVV/1212 Oberbürgermeister, Fachbereich
Stadtplanung
überweisen in SBWL
- 9.21 Funktionale Charakterisierung der zukünftigen
Verwaltungsstandorte im Projekt CampusLHP -
Arbeitswelt der Zukunft
21/SVV/1214 Oberbürgermeister,
Geschäftsbereich Zentrale
Verwaltung
überweisen in HA, WA KIS
- 9.22 Bebauungsplan Nr. 162 "Kleingartenanlage
Angergrund", Abwägung und
Satzungsbeschluss
21/SVV/1237 Oberbürgermeister, Fachbereich
Stadtplanung
überweisen in SBWL, KUM
- 9.23 Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt
Potsdam
21/SVV/1243 Oberbürgermeister
überweisen in HA, PTD

12 Mitteilungsvorlagen

- 12.1 EINE Stadt für ALLE - Bestandsaufnahme zur
Umsetzung des Integrationskonzeptes der
Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020
21/SVV/1188 Oberbürgermeister, Büro für
Chancengleichheit und Vielfalt
überweisen in GSWI

12.2	Vergabebericht 2020 der Landeshauptstadt Potsdam 21/SVV/1221	Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement überweisen in RPA, HA, FA
12.3	Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt" 21/SVV/1236	Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung überweisen in SBWL, KUM, HA
13	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
13.1.1	5. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung Kramnitz 21/SVV/1274	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in HA, SBWL, KUM
13.3.1	Entwicklung Gemeinbedarfsstandort David- Gilly-Straße 21/SVV/1302	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration überweisen in JHA, GSWI, B/Sp
13.4.1	Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln 21/SVV/1163	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
13.5.1	Konzept zur Nutzung von Open-Source- Software 21/SVV/1219	Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government überweisen in PTD
13.12.1	Prioritätenreihenfolge für die Herstellung der Barrierefreiheit an Potsdamer Schulen 21/SVV/1217	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service überweisen in B/Sp
13.13.1	Zisternen zur Regenwasserspeicherung 21/SVV/1225	Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service überweisen in KUM
13.14.1	Umsetzung Ladesäulenkonzept 21/SVV/1300	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in KUM
13.20.1	Jagdschloss Stern: Zielbild eines Nutzungskonzeptes bezüglich DS Nr.: 19/SVV/0752, 20/SVV/1021 und 21/SVV/0855 21/SVV/1275	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in HA
13.22.1	Fördermittelmanagement in der LHP 21/SVV/1299	Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement überweisen in HA